

„Softwareerstellung „Digitale Korrektur der Abiturprüfungen (PASCA)“

Geschäftszeichen: IBBW EU – 6/2026

Bewerbungs- und Verfahrensbedingungen

Inhaltsverzeichnis

1	Hinweis	4
2	Rechtsgrundlagen des Verfahrens	4
3	Auftraggebende Stelle (AG)	4
4	Vergabestelle	5
4.1	Fachliche Vergabestelle	5
4.2	Organisatorische Vergabestelle/Kontaktstelle	5
5	Auskünfte zum Verfahren und zu den Vergabeunterlagen	5
6	Auftragsgegenstand	7
7	Ort der Leistung	7
8	Vertragliche Grundlagen des Auftrags	7
9	Aufteilung in Lose	8
10	Voraussichtliche Liefer- /Ausführungszeit	8
11	Teilnahmefrist und –antrag	8
12	Inhalt und Form des Teilnahmeantrags/Angebots	8
13	Zahl der Teilnahmeanträge/Hauptangebote, Nebenangebote, Änderungsvorschläge	10
14	Vorgesehener Ablauf der Verhandlungsstufe	10
15	Verfahrenskosten	11
16	Hinweispflicht der Bewerber/der Bieter	12
17	Schutzrechte, Kennzeichnung von Betriebsgeheimnissen	12
18	Prüfung und Bewertung der Teilnahmeanträge und Angebote	12
19	Zusätzliche Informationen für Bewerbergemeinschaften	13

20	Zusätzliche Informationen für ausländische Bewerber/Bieter	14
21	Zusätzliche Informationen für Untervergabe	14
22	Rechtsbehelfe.....	15
23	Datenschutz.....	16
24	Verschwiegenheit/Vertraulichkeit.....	16

Die nachstehenden Bewerbungs- und Verfahrensbedingungen sind während der gesamten Dauer des Vergabeverfahrens zu beachten.

1 Hinweis

Bei den in diesen Vergabeunterlagen verwandten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter insbesondere die Geschlechter männlich/weiblich und divers.

Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Bewerber“ bzw. „Bieter“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften gemeint. Mit „Auftragnehmer (AN)“ ist der Bieter oder die Bietergemeinschaft gemeint, die den Zuschlag erhalten hat.

2 Rechtsgrundlagen des Verfahrens

Der Auftraggeber schreibt die Leistung nach der Vergabeverordnung (VgV) sowie den Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb und vorheriger EU-weiter Bekanntmachung gemäß §§ 119 Abs. 1, 5 GWB, 17 Abs. 1 VgV aus. Es wird ausdrücklich auf den Inhalt der europaweiten Bekanntmachung vom **22. Mai 2026** Bezug genommen.

3 Auftraggebende Stelle (AG)

Land Baden-Württemberg
vertreten durch das Ministerium für Kultus,
dieses vertreten durch das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW)
Heilbronner Str. 172
70191 Stuttgart

Die Vergabestelle handelt bei der Ausschreibung und dem Vertragsschluss ausschließlich im Namen des vorgenannten Auftraggebers.

Der Umfang und die Ausgestaltung der zu vergebenden Leistung bestimmen sich nach diesen Bewerbungs- und Verfahrensbedingungen, der Leistungsbeschreibung und dem Vertrag sowie sämtlichen Anhängen zum Vertrag.

4 Vergabestelle

4.1 Fachliche Vergabestelle

Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW)
Heilbronner Str. 172
70191 Stuttgart

Der fachlichen Vergabestelle obliegt die fachlich-inhaltliche Durchführung des Vergabeverfahrens, d. h. insbesondere die fachliche Aus- und Bewertung von Teilnahmeanträgen und Angeboten.

4.2 Organisatorische Vergabestelle/Kontaktstelle

TCI Partnerschaft von Rechtsanwälten Müller Schmidt mbB
Fasanenstraße 61
10719 Berlin
Telefon: 030/200542 – 0
Telefax: 030/200542 – 11
E-Mail: vergabe@tcilaw.de

Die organisatorische Vergabestelle ist zuständig für die organisatorische Abwicklung des Vergabeverfahrens.

Das Vergabeverfahren wird ausschließlich elektronisch über die e-Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal“ durchgeführt. Die Bereitstellung der Vergabeunterlagen einschließlich aller Anlagen und Anhänge sowie ggf. weiterer Bieterinformationen im Laufe der Angebotsphase erfolgen daher ausschließlich in der elektronischen Form über die e-Vergabeplattform. Weitere Informationen zur e-Vergabe und der verwendeten e-Vergabeplattform finden Sie in der **Anlage Information e-Vergabe**.

5 Auskünfte zum Verfahren und zu den Vergabeunterlagen

Die vorgenannte organisatorische Vergabestelle ist alleiniger Ansprechpartner für Hinweise und Fragen in dem Vergabeverfahren.

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Anfragen, Angebote und sonstige Korrespondenz, die nicht in deutscher Sprache übermittelt werden, gelten als dem Auftraggeber gegenüber nicht zugegangen. Eingereichte Urkunden, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind zwingend auch in beglaubigter deutscher Übersetzung vorzulegen.

Alle Fragen, die mit dem Verfahren im Zusammenhang stehen, sind über die e-Vergabeplattform einzureichen. Korrespondenz der Bewerber/Bieter, die nicht dieser Vorgabe entspricht, gilt dem Auftraggeber gegenüber als nicht zugegangen. Solche Anfragen werden nicht beantwortet.

tet. Auskunftersuchen, **die nicht spätestens zehn Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist/Angebotsfrist** (siehe insbesondere Ziffer 11) vorliegen, müssen vom Auftraggeber nicht mehr beantwortet werden. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, auch später eingehende Auskunftersuchen zu beantworten, sofern dies aus Sicht des Auftraggebers zweckdienlich ist. Ein Anspruch auf Fristverlängerung gemäß § 20 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 VgV besteht in den letztgenannten Fällen nicht.

Bewerber und Bieter haben sich über alle Einzelheiten des Vergabeverfahrens, die zur Teilnahme/Angebotsabgabe maßgebend sind, in eigener Verantwortung Klarheit zu verschaffen.

Telefonische oder mündliche Auskünfte werden nicht erteilt. Die vom Auftraggeber erteilten Auskünfte sind bei der Ausarbeitung des Teilnahmeantrages/Angebots zu berücksichtigen und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Der Auftraggeber wird auf Fragen der Bewerber/Bieter ausschließlich über die e-Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal“ antworten und die Antworten, sofern sie von allgemeinem Interesse sind, allen Bewerbern/Bietern über die e-Vergabeplattform in anonymisierter Form zugänglich machen. Im Interesse des Geheimwettbewerbs sind diese Fragen daher so zu stellen, dass eine Identifikation des Fragenden nicht möglich ist. Die Kommunikation über die e-Vergabeplattform darf ausschließlich für vergaberechtlich zulässige Kommunikation genutzt werden.

Die Kontaktstelle wird Fragen bzw. Auskunftsverlangen ggf. so umformulieren, dass die Identität des Fragestellers nicht erkennbar wird. Die Bewerber/Bieter werden jedoch gebeten, bei der Formulierung der Fragen bzw. Auskunftsverlangen von vornherein zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten den anderen teilnehmenden Bewerbern/Bietern zur Verfügung gestellt werden.

Bitte verwenden Sie für Ihre Fragen die nachfolgende Tabellenform:

Lfd. Nr.	Bezug zu den Vergabeunterlagen	Text / Frage	Antwort
(wird von der Vergabestelle ausgefüllt)			(wird von der Vergabestelle ausgefüllt)

Zum besseren Verständnis der Fragestellung kann es erforderlich sein, der Vergabestelle zusätzliche Erläuterungen oder Hintergrundinformationen zu geben. Wenn diese Informationen nicht an die Wettbewerber verschickt werden sollen, müssen diese Teile deutlich gekennzeichnet werden. Es wird dann nur die ursprüngliche Frage mit der dazugehörigen Antwort versendet.

6 Auftragsgegenstand

Das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg ist als nachgeordnete Behörde des Ministeriums für Kultus Baden-Württemberg dafür verantwortlich, dem gesamten Kultusbereich neben geeigneten IT-Fachverfahren vor allem verlässliche Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist das IBBW beauftragt, ein digitales Verfahren zur Korrektur von Abiturprüfungen („PASCA“) entwickeln zu lassen und zur Nutzung für die Anwender bereitzustellen.

Auftragsgegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Entwicklung einer webbasierten Softwareanwendung für die digitale Korrektur von Abiturprüfungen sowie perspektivisch auch von Abschlussprüfungen zur fachgebundenen Hochschulreife. Ziel ist die Entwicklung und Einführung eines skalierbaren Systems, das allen Lehrkräften des Landes zur Verfügung steht, die an Beruflichen Gymnasien, perspektivisch auch an Berufsoberschulen, allgemeinbildenden Gymnasien, Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe, Waldorfschulen, Abendgymnasien, Kollegs, Schulen besonderer Art und SBBZ mit Bildungsgang Gymnasium schriftliche Prüfungsfächer unterrichten und korrigieren. Das System soll den bisherigen physischen Austausch von Prüfungsunterlagen und deren analoge Korrektur durch eine vollständig digitale Lösung ersetzen und eine zentrale, revisionssichere Archivierung der korrigierten Prüfungsunterlagen ermöglichen. Eine vorläufige, allerdings noch nicht abschließende Fassung des Lastenheftes ist in **Anlage TWB 1 – Kurzbeschreibung der Leistung** enthalten. Die vollständige Fassung der Leistungsbeschreibung wird mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt.

Jeweils optional sind vom Auftragnehmer Schulungen zu der erstellten IT-Anwendung durchzuführen und für einen Zeitraum von 60 Monaten eine an die Abnahme anschließende Pflege und nach den Vorgaben des Auftraggebers die Weiterentwicklung der Anwendung zu erbringen. Die Ausübung der Optionen steht im freien Ermessen des Auftraggebers.

7 Ort der Leistung

Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW)
Heilbronner Str. 172
70191 Stuttgart

8 Vertragliche Grundlagen des Auftrags

Der Auftraggeber beabsichtigt die Leistungen auf Basis eines modifizierten/ergänzten EVB-IT-Erstellungsvertrages in der aktuellsten Version (siehe <https://www.digitale-verwal->

tung.de/SharedDocs/downloads/Webs/DV/DE/digitale-loesungen/it-einkauf/evb-it-bvb/system-vertraege/erstellung/EVB_IT_Erstellungsvertrag.html) inklusive der dazugehörigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) zu vergeben. Da insbesondere im Rahmen der optionalen Pflege- und Weiterentwicklungsleistungen ein Zugang zu personenbezogenen Daten nicht ausgeschlossen werden kann, wird zudem eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung geschlossen.

Weitere Präzisierungen der Vertragsbedingungen erfolgen mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes.

9 Aufteilung in Lose

Eine Aufteilung in Lose findet nicht statt.

10 Voraussichtliche Liefer- /Ausführungszeit

Der Auftraggeber plant die Realisierung des Projektes derzeit im Zeitraum vom 1. Februar 2027 bis voraussichtlich 15.04.2028 (Schlussabnahme). Im Falle der Optionsausübung beträgt die Laufzeit für Pflege und Weiterentwicklung 60 Monate ab Abnahme.

11 Teilnahmefrist und –antrag

Ablauf der Teilnahmefrist:

22. Juni 2026, 23:59 Uhr

12 Inhalt und Form des Teilnahmeantrags/Angebots

Für den Teilnahmeantrag ist das Anschreiben zum **Teilnahmeantrag (Anlage TWB 2)** zu verwenden. Mit dem Teilnahmeantrag sind die in

Anlage TWB 12 „Eignungskriterien und Bewertungsschema“

angegebenen Erklärungen/Nachweise vorzulegen. Zudem sind mit dem Teilnahmeantrag bereits als Ausführungsbedingungen die **Anlagen TWB 8 – Eigenerklärung Verschwiegenheit und zum Datenschutz** sowie **TWB 11 – Eigenerklärung Sanktionen** einzureichen.

Der Bewerber kann an Stelle der geforderten Erklärungen eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung gemäß § 50 VgV vorlegen, sofern diese die geforderten Erklärungen enthält.

Teilnahmeanträge/Angebote sind elektronisch über die e-Vergabeplattform (s. Ziffer 4.2) einzureichen. Eine postalische oder anderweitige elektronische Übermittlung (z. B. per E-Mail) oder persönliche Abgabe von Teilnahmeanträgen/Angeboten ist nicht zugelassen.

Jeder Teilnahmeantrag und jedes Angebot und die mit einzusendenden Formulare müssen eindeutig gekennzeichnet sein. Teilnahmeanträge bzw. Angebote sind mit Datum zu versehen sowie mit dem Namen der/des Erklärenden zu versehen. Für die elektronische Abgabe der Teilnahmeanträge sind die ausgefüllten Formblätter mit Dateinamen zu speichern, die die in Ziffer 2 der Anlage TWB 1 bzw. in den Kopfzeilen der Formblätter selbst angegebenen Anlagennummern enthalten. Weitere Dateien sind mit Dateinamen zu speichern, die einen möglichst eindeutigen Rückschluss auf den Inhalt der Datei zulassen.

Bewerber/Bewerbergemeinschaften bzw. Bieter/Bietergemeinschaften werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, sofern sie unzulässige oder nicht unterschriebene Teilnahmeanträge/Angebote bei der Vergabestelle einreichen.

Teilnahmeanträge/Angebote müssen bis zum Ablauf der Teilnahme-/Angebotsfrist vollständig auf dem e-Vergabe-System eingegangen sein.

Die Nachforderung von Unterlagen gemäß § 56 Abs. 2 VgV bleibt vorbehalten. Ein genereller Anspruch auf Nachforderung besteht für die Teilnehmer/Bieter jedoch nicht. Fordert der Auftraggeber Unterlagen nach, sind diese in gleicher Form wie das Angebot einzureichen.

Teilnahmeanträge/Angebote, die (ggf. nach Ablauf einer angemessenen Nachforderungsfrist) nicht alle geforderten Unterlagen enthalten, werden ausgeschlossen. Dasselbe gilt, wenn die von dem Auftraggeber gesondert verlangten Unterlagen nicht oder nicht rechtzeitig zu dem von dem Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt vorgelegt werden.

Spätere Berichtigungen und Änderungen am Teilnahmeantrag/Angebot müssen zweifelsfrei sein und sind in der gleichen Art wie der/das ursprüngliche Teilnahmeantrag/Angebot bis zum Ende der Teilnahme -/Angebotsfrist einzureichen.

Datenblätter und Zertifikate können dem Angebot (nicht dem Teilnahmeantrag) in englischer Sprache beigefügt werden. Die ausschreibende Stelle behält sich vor, Übersetzungen nachzufordern.

Inhaltliche Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Teilnahmeantrages/Angebotes. Erkennt der Auftraggeber Änderungen an den Vergabeunterlagen nicht vor der Teilnahmefrist/Zuschlagserteilung, so werden diese Änderungen dennoch nicht Bestandteil der Vertragsbeziehung.

Hält der Bewerber/Bieter zusätzliche Erläuterungen für erforderlich, sind diese unter genauer Bezugnahme auf die betroffene Vergabeunterlage und die dortige Regelung in ausdrücklich gekennzeichneten Anlagen vorzunehmen.

13 Zahl der Teilnahmeanträge/Hauptangebote, Nebenangebote, Änderungsvorschläge

Pro Bewerber/Bieter ist nur ein Teilnahmeantrag/Hauptangebot zulässig. Die Abgabe mehrerer Teilnahmeanträge/Hauptangebote führt zum Ausschluss aller Teilnahmeanträge/Angebote eines Bewerbers/Bieters (vgl. auch Ziffer 19).

Nebenangebote

☐

sind zugelassen

☒

sind nicht zugelassen.

Beabsichtigt ein Bewerber/Bieter keinen Teilnahmeantrag/kein Angebot abzugeben, wird um entsprechende Benachrichtigung der organisatorischen Vergabestelle gebeten. In diesem Fall sind die bereits in den Besitz des Bewerbers/Bieters gelangten Vergabeunterlagen zu vernichten oder vollständig zurückzugeben. Die Vernichtung der Unterlagen ist auf Verlangen zu bestätigen.

Im ersten Angebot sind Änderungsvorschläge als Basis für die Verhandlungen zugelassen, sofern dabei nicht von ausdrücklich als Ausschlusskriterium (KO-Kriterium) gekennzeichneten Anforderungen abgewichen wird. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Änderungsvorschläge in den Verhandlungen aufzugreifen oder in den für das finale Angebot überarbeiteten Vergabeunterlagen zu berücksichtigen.

14 Vorgesehener Ablauf der Verhandlungsstufe

In der Verhandlungsstufe werden zunächst die im Teilnahmewettbewerb erfolgreichen (bis zu sechs) Bewerber zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert. Mit der Angebotsaufforderung werden die weiteren Vergabeunterlagen (Leistungsbeschreibung, Vertrag, Zuschlagskriterien) zur Verfügung gestellt. Die Angebotsaufforderung wird über die e-Vergabepattform erfolgen. Nach Auswertung der Erstangebote werden nur die drei bestplatzierten Bieter zu weiteren Verhandlungen eingeladen. Alle weiteren Angebote werden zu diesem Zeitpunkt abgeschickt und im weiteren Verfahrensverlauf nicht mehr berücksichtigt. **Es ist vorgesehen, die Verhandlungsstufe mit einer Verhandlungsrunde durchzuführen. Der Auftraggeber behält sich jedoch gemäß § 17 Abs. 11 VgV vor, bei Vorliegen passender Angebote den Zuschlag auf**

das Erstangebot ohne Verhandlungen zu erteilen. Auch die Erstangebote sind daher bereits verbindlich.

Die Verhandlungsrunde besteht voraussichtlich je Bieter aus einer Präsentation und einer unmittelbar anschließenden Verhandlung. Die Verhandlungsrunde kann nach Wahl des Auftraggebers in einem Präsenztermin oder online als Videokonferenz stattfinden. Nach Abschluss der Verhandlungsrunde werden die Vergabeunterlagen entsprechend der Verhandlungsergebnisse durch den Auftraggeber überarbeitet und die Bieter zur erneuten Abgabe eines überarbeiteten Angebotes aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich vor, gegebenenfalls noch eine zweite Verhandlungsrunde durchzuführen, wenn nach Eingang der überarbeiteten Angebote weitere Verhandlungen notwendig erscheinen sollten.

Der Auftraggeber behält sich vor, bei weiteren Verhandlungsrunden den nach Bewertung der überarbeiteten Angebote (vgl. Ziffer 18) letztplatzierten Bieter abzuschichten und an weiteren Verhandlungsrunden nicht mehr zu beteiligen.

In Ergänzung zu den in Ziffer 11 genannten Terminen und Fristen ist derzeit folgende zeitliche Planung für das Verhandlungsverfahren vorgesehen:

Aufforderung zur Angebotsabgabe: 29. KW 2026

Abgabefrist erstes Angebot: 27. August 2026, 23:59 Uhr

Verhandlungstermine: 43. KW 2026

Versand der überarbeiteten Vergabeunterlagen: 48. KW 2026

Abgabefrist finales Angebot: 21. Dezember 2026, 23:59 Uhr

Zuschlag: 1. Februar 2027

Die Bindefrist für die Angebote endet am 30. April 2027.

Verfahrensbedingte Änderungen dieses Zeitplans bleiben ausdrücklich vorbehalten.

15 Verfahrenskosten

Sämtliche Kosten, die dem Bewerber/Bieter im Laufe des Vergabeverfahrens entstehen, sind vom Bewerber/Bieter zu tragen. Eine Kostenerstattung seitens des Auftraggebers erfolgt grundsätzlich nicht.

16 Hinweispflicht der Bewerber/der Bieter

Enthalten die seitens der Vergabestelle bereitgestellten Unterlagen nach Auffassung eines Bewerbers/Bieters Unklarheiten, die die Erstellung des Teilnahmeantrags/Angebots beeinflussen können, so hat der Bewerber/Bieter die Vergabestelle darauf unverzüglich hinzuweisen.

17 Schutzrechte, Kennzeichnung von Betriebsgeheimnissen

Der Bieter hat anzugeben, ob für Gegenstände des Angebotes gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind.

Der Bieter hat außerdem anzugeben, wenn er erwägt, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung von gewerblichen Schutzrechten zu verwerten.

Im Rahmen von Vergabenachprüfungsverfahren oder Anträgen nach dem Informationsfreiheitsgesetz, kann die Vergabestelle verpflichtet sein, Akteneinsicht zu gewähren. Soweit Teile des Angebotes schützenswerte Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse des Bieters enthalten oder dem Bieter durch die Gewährung einer entsprechenden Auskunft oder Akteneinsicht ein nicht nur unwesentlicher wirtschaftlicher Schaden entstehen kann (§ 165 Abs. 3 GWB, § 6 IFG), sind die betroffenen Passagen (je nach Einzelfall einzelne Wörter, Absätze oder Seiten) des Angebotes deutlich (z.B. durch Kennzeichnung und einen Aufdruck oder Stempel) zu kennzeichnen.

18 Prüfung und Bewertung der Teilnahmeanträge und Angebote

Die Prüfung erfolgt gemäß § 56 VgV. Ausgeschlossen werden alle Teilnahmeanträge/Angebote, die nicht alle Ausschlusskriterien (KO-Kriterien) erfüllen.

Die Bewertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach dem in **Anlage TWB 12 (Eignungskriterien und Bewertungsmatrix)** dargestellten Bewertungsschema.

Den Zuschlag erhält

☐ das Angebot mit dem niedrigsten Preis (Preis = 100 %)

oder

☒ das wirtschaftlich günstigste Angebot aufgrund der nachstehenden Kriterien:

☒ Leistung

☒ Preis.

Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt nach der erweiterten Richtwertmethode gemäß UfAB 2018 (<https://www.digitale-verwaltung.de/Webs/DV/DE/aktuelles-service/it-ein-kauf/ufab/ufab-node.html>)

Dies heißt:

Für jedes Angebot wird zunächst eine Kennzahl (K) für das Leistungs-Preis-Verhältnis gebildet. Sie errechnet sich als Quotient aus der Bewertungspunktzahl (BP) und einem Tausendstel der Preispunktzahl (PP):

$$K = BP / (PP \times 10^{-3}).$$

Sodann werden diejenigen Angebote ausgewählt, die innerhalb eines Schwankungsbereichs von 10 % um das in der Kennzahl K führende Angebot liegen. Innerhalb dieses Schwankungsbereichs erhält das Angebot mit der höchsten Bewertungspunktzahl den Zuschlag.

Details zur Angebotsbewertung, insbesondere zur Ermittlung der Leistungspunkte für die Richtwertmethode, ergeben sich aus dem mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe bekannt gegebenen Bewertungsschema für die Angebote.

19 Zusätzliche Informationen für Bewerbergemeinschaften

Bewerber-/Bietergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen. Jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch.

Bewerbergemeinschaften und damit auch Bietergemeinschaften für das anschließende Verhandlungsverfahren sind nur zulässig, sofern bereits im Teilnahmeantrag alle Mitglieder der Gemeinschaft und ein bevollmächtigter Vertreter (Federführer) benannt werden und die Zusammensetzung der Teilnehmer im Teilnahmewettbewerb und im Verhandlungsverfahren unverändert bleibt.

Teilnahmeantrag und Angebote sind vom Federführer zu unterschreiben. Hierfür ist bereits mit dem Teilnahmeantrag eine entsprechende schriftliche Vollmacht – von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterschrieben – beizulegen. Im Teilnahmeantrag ist zu erklären, dass der Federführer als bevollmächtigter Vertreter die anderen Mitglieder ohne Einschränkungen gegenüber dem Auftraggeber vertritt und insbesondere berechtigt ist, mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkungen Erklärungen abzugeben und Erklärungen und Zahlungen entgegenzunehmen. Dazu ist **Anlage TWB 3 (Erklärung Bewerbergemeinschaft)** zu benutzen.

Sämtliche Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft müssen die in **Anlage TWB 12** entsprechend gekennzeichneten Unterlagen vorlegen.

Es ist unzulässig, einen Teilnahmeantrag als Mitglied einer Bieter-/Bewerbergemeinschaft und gleichzeitig als einzelner Bewerber zu stellen. Ein solches Verhalten ist als Verstoß gegen den Geheimwettbewerb und damit unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede zu werten und kann gemäß § 42 Abs. 1 VgV i.V.m. § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB zum Ausschluss beider Teilnahmeanträge führen. Gleiches gilt für den Fall, dass sich ein Bewerber an verschiedenen Bewerber-/ Bietergemeinschaften beteiligt.

20 Zusätzliche Informationen für ausländische Bewerber/Bieter

Ausländische Bewerber/Bieter müssen die unter Ziffer 12 geforderten Erklärungen und Nachweise als gleichwertige Nachweise ihres Herkunftslandes mit dem Teilnahmeantrag vorlegen. Erklärungen und Nachweise sind in beglaubigter deutscher Übersetzung vorzulegen.

Auf die Verpflichtung des Auftraggebers, die Umsatzsteuer des ausländischen Bewerbers/der Bietergemeinschaft erforderlichenfalls von der Gegenleistung einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen, wird hingewiesen.

21 Zusätzliche Informationen für Untervergabe

Sofern ein Bewerber oder eine Bietergemeinschaft Unterauftragnehmer einschalten will, bietet er die Leistung (später) als Generalunternehmer an. Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern haftet der Auftragnehmer (als Generalunternehmer) für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags, d. h. auch für die Leistungen der Unterauftragnehmer im vollen vertraglichen Umfang.

Werden die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs gestellten Eignungsanforderungen nicht vom Generalunternehmer, sondern nur unter Berücksichtigung von in **Anlage TWB 5** aufgeführten Unterauftragnehmern (Eignungsleihe) erfüllt, ist eine (spätere) Angebotsabgabe nur unter Beteiligung dieser Unterauftragnehmer möglich. Eine Nichtbeteiligung und Nichtbenennung im Rahmen der (späteren) Angebotsabgabe führt zum Ausschluss des Angebotes von der weiteren Wertung.

Die Unterauftragnehmer dürfen vertraglich, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen, nicht schlechter gestellt werden als der Generalunternehmer selbst steht.

Bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge wird der Bewerber/Bieter regelmäßig mittelständische Unternehmen angemessen beteiligen, wenn er es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung vereinbaren kann.

Wenn sich der Bewerber gemäß § 47 Abs. 1 VgV zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Fähigkeiten des Unterauftragnehmers bedient (Eignungsleihe), sind die in Anlage TWB 1 entsprechend gekennzeichneten Erklärungen/Nachweise auch durch den Unterauftragnehmer mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Für alle übrigen Unterauftragnehmer hat der Bieter Art und Umfang der Leistungen, die er an geeignete Unterauftragnehmer übertragen will, mit dem Angebot anzugeben. Der Auftraggeber behält sich vor, in Abhängigkeit von Umfang und Bedeutung der übertragenen Leistung auch von diesen Unterauftragnehmern die für die Eignungsleihe in Anlage TWB 1 gekennzeichneten Nachweise/Erklärungen zu verlangen.

22 Rechtsbehelfe

Bewerber/Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber. Erkennt ein am Auftrag interessiertes Unternehmen eine Verletzung seiner Rechte durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften, ist der Verstoß innerhalb von 10 Kalendertagen gegenüber der Vergabestelle zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung (Abgabe Teilnahmeantrag) gegenüber der Vergabestelle gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB).

Verstöße, die aufgrund von weiteren im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zugänglich gemachten Unterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist, Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen für die Angebotsphase erkennbar sind, bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber der Vergabestelle gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB). Teilt die Vergabestelle dem Bewerber/Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann der Bewerber/Bieter nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwidern einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 Abs. 1 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die Vergabestelle.

Die Unwirksamkeit gemäß § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Zuständige Nachprüfungsbehörde gemäß §§ 155 ff. GWB ist:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstr. 17
76131 Karlsruhe
Telefon: 0721 / 926-8730

Telefax: 0721 / 926-3985

Email: vergabekammer@rpk.bwl.de

Internet: <https://rpk.baden-wuerttemberg.de/abt1/referat-15-vergabekammer/>

23 Datenschutz

Die von den Bewerbern/Bietern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert.

Mit der Abgabe eines Teilnahmeantrags erklärt sich der Bewerber/Bieter einverstanden, dass unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften vor allem besondere Kategorien von Daten wie Daten über Straftaten, strafrechtliche Verurteilungen oder Sicherungsmaßnahmen vor Auftragserteilung durch Anfragen beim Gewerbezentral- und/oder Bundeszentralregister abgerufen werden. Der Bewerber/Bieter ist dafür verantwortlich, dass – soweit erforderlich - entsprechende Einverständniserklärungen seiner gesetzlichen Vertreter und/oder Mitarbeitenden vorliegen. Letzteres gilt auch in Bezug auf Unterauftragnehmer und deren gesetzliche Vertreter und/oder Mitarbeitenden.

24 Verschwiegenheit/Vertraulichkeit

Bewerber/Bewerbergemeinschaften haben über die ihnen bekannt gewordenen Angelegenheiten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt insbesondere für die Vergabeunterlagen. Hierzu haben sie auch die an der Abwicklung des Vergabeverfahrens und des sich ggf. anschließenden Vertrages beteiligten Mitarbeitende (einschließlich Unterauftragnehmer und deren Mitarbeitende) zur Geheimhaltung aller in diesem Rahmen erlangten Informationen über Angelegenheiten des Auftraggebers zu verpflichten. Diese Verpflichtung gilt auch nach Ende des Vergabeverfahrens bzw. des Vertrages und für die aus dem Arbeitsverhältnis des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft ausscheidenden Mitarbeitenden.

Alle vom Auftraggeber bereitgestellten Unterlagen des Vergabeverfahrens dürfen nur zur Erstellung eines Teilnahmeantrages bzw. Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne ausdrückliche Genehmigung der Vergabestelle nicht statthaft.

Der Bewerber/Bieter verpflichtet sich entsprechend durch Abgabe der **Anlage TWB 8**.

Anlagen:

Anlage	Information e-Vergabe
Anlage TWB 1	Kurzbeschreibung der Leistung
Anlage TWB 2	Vordruck Teilnahmeantrag
Anlage TWB 3	Erklärung Bewerbergemeinschaft

Anlage TWB 4	Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB, § 22 LkSG
Anlage TWB 5	Liste Unterauftragnehmer für Eignungsleihe
Anlage TWB 6	Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer
Anlage TWB 7	Formblatt Referenzen
Anlage TWB 8	Eigenerklärung zur Verschwiegenheit und zum Datenschutz
Anlage TWB 9	Eigenerklärung zur Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung
Anlage TWB 10	Formblatt Unternehmensbeschreibung
Anlage TWB 11	Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionsvorschriften
Anlage TWB 12	Eignungskriterien und Bewertungsmatrix